



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Literatur.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Literatur.

Erklärung. — In einer Abhandlung über die historischen Schriften von Waitz hatten wir eine Broschüre des Professor Biedermann aus dem Jahr 1848 erwähnt, und von derselben behauptet, sie trage auf Beibehaltung der monarchischen Verfassungen in den bestehenden einzelnen Staaten an, wolle aber über dieselben eine republikanische Spitze stellen. — Professor Biedermann sendet uns nun diese Broschüre zu, mit der Aufforderung, Einsicht in dieselbe zu nehmen, und demgemäß unsere Behauptung zu rectificiren. — Nun haben wir zwar diese Broschüre, die vor dem Zusammentritt des sogenannten Vorparlaments geschrieben war, seit dieser Zeit nicht wieder zu Gesicht bekommen, aber aus besondern Gründen war sie uns noch sehr deutlich im Gedächtniß geblieben. Wir haben sie auch diesmal wieder aufmerksam durchgelesen, und können nicht umhin, unsere Behauptung als vollkommen bestätigt zu wiederholen. — Doch möge das Publicum selbst urtheilen.

Professor Biedermann überträgt die deutsche Gesetzgebung und die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten einem Parlament, welches aus zwei Häusern bestehen soll, dem Senat und der Volkskammer. Die Volkskammer wird von dem deutschen Volk ohne Rücksicht auf seine staatliche Zusammensetzung gewählt, der Senat dagegen besteht aus den Abgeordneten der einzelnen Staaten. Um in Beziehung auf den letztern jedes Mißverständniß zu vermeiden, erklärt B. Seite 18: „Die Gesandten zum Senat werden von den Regierungen ernannt, das heißt von den verantwortlichen Gesamtministerien in den einzelnen Staaten, nicht privatim vom Fürsten oder aus dessen Cabinet.“ Und dies erläutert er S. 14 und 15 dahin: „Man hat den Grundsatz anerkannt, daß die Träger der Regierungsgewalt, die Minister aus dem Vertrauen des Volks und den parlamentarischen Majoritäten hervorgehen müssen. . . Die Regierungen haben kein besonderes, von dem ihrer Völker getrenntes, oder gar diesem feindlich entgegenstehendes Interesse zu vertreten, und durch den Bundestag zur Geltung zu bringen; sie vertreten vielmehr nur die Anliegen, Wünsche, Bedürfnisse ihrer Völker und die in ihren Ländern dermalen herrschende öffentliche Meinung, denn sie stehen und fallen ja mit dieser.“

Gesetze werden durch die Uebereinstimmung der beiden Häuser gegeben. „Doch können die Gesetzworschläge, welche von der Volkskammer ausgehen, wenn sie nach einmaliger Ablehnung durch den Senat in der nächsten Jahresitzung wiederholt werden, und hierbei zwei Drittel sämmtlicher Stimmen der Volkskammer für sich haben, nicht mehr vom Senat abgelehnt werden.“

„Dem Senat steht die Leitung der gesammten Bundesangelegenheiten und die Vollziehung der gemeinsamen Beschlüsse des Parlaments zu. Er hat Krieg zu erklären, Friedens- und andere Verträge und Bündnisse abzuschließen, vorbehaltlich dort der nöthigen Bewilligungen, hier der Ratification der abgeschlossenen Verträge durch die Volkskammer. Der Senat hat die zur Führung der Bundesregierung nöthigen Beamten — an ihrer Spitze ein verantwortliches Bundesministerium — ferner die Gesandten und Consuln für den Bund, so wie den Oberbefehlshaber des Bundesheeres zu ernennen, und ihre Amtsführung zu beaufsichtigen.“

„Die Grundlagen eines freien und volksthümlichen Staatslebens muß der

Bund für alle Theile des Bundesgebiets garantiren und aufrecht erhalten. Darüber hinaus steht ihm keine Einmischung in die innern Verfassungsangelegenheiten der einzelnen Staaten zu: ob z. B. eine Verfassung außer jenen Rechten und Freiheiten dem Volke noch andere gewährt, ob das Wahlssystem in dem einen Staate freisinniger ist, als in dem andern, geht den Bund nichts an; auch Uebergänge von einem Verfassungszustande zu einem andern, Abänderungen der Verfassung, sobald sie nur auf verfassungsmäßigem Wege vor sich gehen, wird er ruhig geschehen lassen.“

Jetzt folgt die wichtigste Bestimmung. „Im Senat wird jeder einzelne Bundesstaat durch einen Abgeordneten vertreten sein und eine Stimme führen, wenn man nicht vorzieht, das jetzige Stimmenverhältniß (wo die größern Staaten je vier Stimmen, andere drei, andere zwei, und die kleinsten je eine Stimme haben, im Ganzen aber siebenzig Stimmen sind) beizubehalten. . . . Ein von diesen Abgeordneten im Senat ordnungsmäßig gefaßter Beschluß bedürfte nicht erst der Bestätigung durch die einzelnen Regierungen, sondern träte sofort in Kraft.“ (S. 17—18.)

Nach dieser Einrichtung würde, wenn im Senat der Antrag gestellt würde, z. B. einen Krieg gegen Rußland zu führen, und die Abgeordneten von Oestreich, Preußen, Baiern, Hannover, Sachsen und Württemberg stimmten dagegen, die Abgeordneten der kleinen Staaten stimmten dafür, der Krieg gegen Rußland beschloffen sein. — Eine solche Auffassung der Dinge halten wir für verkehrt, weil hier die gesetzliche Einrichtung dem Machtverhältniß widerspricht. So lange Oestreich und Preußen als wirkliche Staaten bestehen, können sie sich einem Majoritätsbeschluß der übrigen nicht unterwerfen. Die demokratischen Unitarier waren viel consequenter, wenn sie, um ihr Ideal, eine Reichseinheit durchzuführen, zuerst die beiden Großstaaten, namentlich Preußen zu zerschlagen beabsichtigten.

So viel, um unsere Behauptung zu rechtfertigen. Wir haben schon damals ausdrücklich erklärt, daß wir mit jenem Angriff nicht eine bestimmte Person meinten, (denn wer wollte behaupten, in jener verworrenen Periode immer Vernünftiges gesprochen zu haben!), sondern eine allgemeine Richtung gutgesinnter Leute, die weise zu handeln glauben, wenn sie nicht zu weit nach rechts, und nicht zu weit nach links gehen; eine Richtung, die freilich am Professor Wiedermann einen charakteristischen Repräsentanten findet. Wir hatten aber zwei Gründe, daran zu erinnern, einmal weil jene Richtung auch jetzt noch sich fortwährend geltend zu machen sucht, sodann weil die Gegner der sogenannten liberalen Partei die Vorwürfe, die man einem Theil derselben mit Recht macht, geistlich auf die ganze ausdehnen.

Fortwährend hört man bei den Kammern der mittlern und kleinern Staaten von dem Antrag, eine Volksvertretung beim deutschen Bunde einzuführen, und dieser Antrag wird regelmäßig von einem Theil der liberalen Presse mit Jubel begrüßt, weil es wirklich Doctrinäre gibt, die durch parlamentarische Formen das Unmögliche möglich zu machen glauben. Der Theil der liberalen Partei dagegen, der nicht von den Doctrinen, sondern von den Thatsachen ausgeht, wird folgende Ueberzeugung haben: Die Herstellung eines deutschen Staates, wenn man nicht auf eine radicale Umwälzung, das heißt auf ein unberechenbares Hazardspiel, ausgeht, kann nur in zweierlei Art gedacht werden. Entweder wird einer von den beiden

Großstaaten so mächtig, und der andere so schwach, daß der erste sich der Oberherrschaft über Deutschland bemächtigen kann, oder sie trennen sich voneinander, und jeder von ihnen zieht denjenigen Kreis von Staaten, die natürlich in seinen Rayon fallen, mit sich. Die letztere Idee war diejenige, welche unklar der frankfurter Reichsversammlung, klar der Union vorschwebte, nur daß die Führer der letzteren ihre Kräfte falsch berechnet hatten.

Sind aber beide Wege unmöglich, so bleibt nichts Anderes übrig, als das Bestehende d. h. den Staatenbund festzuhalten. Ein Verein von kleinen Republiken, die sich an Macht ungefähr gewachsen sind, wie z. B. die Eidgenossenschaft, kann von der einen Form zur andern übergehen; ein Verein von Monarchien, deren Machtverhältniß so ungleich ist, wie das von Oestreich und Lippe-Detmold, kann es nicht. Alle Fortschritte sind bei dem gegenwärtigen Zustand nur auf dem Wege freier Vereinbarung (Zollverein, Münz- und Postcongresse etc.) und auf dem der individuellen Entwicklung der beiden Großstaaten möglich. So lange in Oestreich und Preußen das reactionäre System herrscht, ist eine parlamentarische Umgestaltung des Bundes undenkbar. Wenn es aber in diesen Staaten beseitigt ist, oder auch nur in einem derselben, dann bedarf es einer solchen nicht mehr. Wir haben uns indessen bei Besprechung des gageutschen Buchs bereits ausführlicher darüber geäußert.

Demokratische Studien. — Der von Karl Heinzen redigirte, in Newyork erscheinende „Pionier“ enthält in einer seiner neuesten Nummern eine Kritik des auch von uns besprochenen Buches: Aus dem Exil von Ludwig Simon, welche uns zeigt, daß selbst die äußerste Linke der frankfurter Demokratie bei der alleräußersten Linken keine Gnade findet. „Der Haupttheil der parlamentarischen Demokratie,“ sagt Heinzen, „schwelgt noch fortwährend in den Erinnerungen an die blamagenreiche Zeit, wo man mit einem Blick nach den Schönen der Galerie die Freiheit erobert zu haben glaubte und wo man später Märtyrer wurde, wenn man mit offenen Augen in das offen vor aller Welt gegrabene Loch der Reaction rannte. Wer sich dann die Nase geschunden, blickte verwundert nach oben und fragte den Schöpfer, wie er solche Ungerechtigkeit könne geschehen lassen; dann wandte er als besiegter Held und Märtyrer dem „theuern Vaterlande den Rücken und verlangte von denen, die ihm seit Jahr und Tag vergebens das Loch gezeigt, noch obendrein, sie sollten ihn für einen Ausbund von Weisheit, einen geborenen Revolutionär und einen Wegweiser der Zukunft halten.“ Das Buch nennt er „ein schreckliches, aber doch zugleich ein amüßantes.“ „Dieser Herr Simon scheint von Natur ein ganz guter Mensch mit einer idyllischen Constitution zu sein, der ohne Zweifel bei einer Bowle Maitrank, mit Moselwein angefeßt, viel provinzielle Gemüthlichkeit entwickelt und im „Waldesdunkel“ und auf „Wiesengrün“ mit einer germanischen Schönen sehr sentimentale und familienväterliche Scenen aufgeführt haben würde, wenn die Revolution ihm den Spaß nicht verdorben und ihn nicht zum großen Mann gemacht hätte. Jetzt scheint er sogar zum Liebhaber verdorben zu sein, denn die Prätension verwandelt auch den Sentimentalen in einen Gourmand oder Blasfirtin à la Mor. Hartmann, und überdies würde er seiner Liebsten nur von der Paulskirche erzählen, und das würde selbst keine deutsche Predigers-tochter aushalten.“ Ungefähr in derselben Art besprachen diese Männer von der

äußersten Linken in der ehemaligen kollatschischen Monatschrift denjenigen Theil der Demokratie, der durch die Nationalzeitung vertreten wurde. Wenn wir nun noch die hundert verschiedenen Nuancen, in die sich die einzelnen Interessen zerspalteten, ins Auge fassen, so werden wir wol auf den schon häufig wiederholten Satz zurückkommen können, daß der Name Demokratie nicht eine Partei, sondern nur eine Richtung bezeichnet. —

Die Cherusker in Rom. Eine Tragödie in zwei Abtheilungen von Franz Bacherl, Schullehrer in Ober-Pfaffen-Hofen. Nördlingen, G. H. Beck. — Den Herren Laube und Halm konnte keine glänzendere Satisfaction gegeben werden, als durch den Abdruck dieses vielbesprochenen Werks. Es enthält nicht, wie auf dem Titel steht, zwei Abtheilungen einer Tragödie, sondern zwei Bearbeitungen desselben Stoffs, die erste in Knittelversen mit anapästischem Anstrich, die zweite in einem völlig unnennbaren Versmaß. Die Kunst ist in beiden in einem völlig embryonischen Zustande; von Charakteristik, Entwicklung von Seelenzuständen und dergleichen ist gar nicht die Rede, ja die Handlung wird so confus und undeutlich erzählt, daß man gar nicht weiß, was eigentlich vorgeht. — Von der poetischen Bildungsstufe des Verfassers geben wir einige Proben.

Ah! Gedenke doch nimmer — und nimmer daran;

Lasse nicht umsonten von himen uns gehn,

Und erhöre auch endlich mein gütiges Fleh'n; u. s. w. —

Denn in Bälde hat alles sich besser gemacht!

Eine Fürstin! — Dein Sohn unser König; — —

O! das freut mich; das freut mich nicht wenig! —

O! Nur vorwärts! Nur vorwärts — zum freudigen Werk!

Laßt uns muthig die Stadt hier durchwintern!

Haben Deutsche wir doch nur in Einem genug;

Achte niemals der Schänder verdammlichen Fluch u. s. w.

Eine solche Verschwörung der tüchtigen Wucht

Sei zum Tode, zum schmächtigsten Tode verflucht!

Ha! Die hämisch verruchten Gesichter!

Daß sie donnernd auf immer zerstauben!

Wenn sich Halm durch diesen Anstich wirklich die Anregung zu seinem guten Stück hat geben lassen, was wir übrigens nicht glauben, so hat er durchaus nicht nöthig, seine Quelle anzugeben, denn er verdankt ihr nicht das Mindeste. Den wackern Schullehrer wollen wir nicht angreifen, aber seine Beschützer aus den gebildeten Ständen sind wahrlich in keiner beneidenswerthen Lage. —

Was ihr wollt. Unterhaltendes und Belehrendes aus Heimath und Fremde. Erster Band. Göttingen, G. H. Wigand. — Eine Sammlung kleiner Novellen, Reisebeschreibungen, lyrischer Gedichte u. s. w., deren Auswahl im Ganzen einen recht guten Geschmack zeigt. —

Herausgegeben von **Gustav Freytag** und **Julian Schmidt**.

Als verantwortl. Redacteur legitimirt: **J. W. Grunow**. — Verlag von **F. V. Herbig** in Leipzig.

Druck von **C. E. Elbert** in Leipzig.